Ernährungssouveränität - eine Gesellschaftsfrage : Alternative zur aktuellen schweizerischen Agrarpolitik

Autor(en): **Hemmeler Maïga, Valentina / Berli, Rudi**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **33 (2014)**

Heft 64

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651706

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Valentina Hemmeler Maïga / Rudi Berli

Ernährungssouveränität – eine Gesellschaftsfrage

Alternative zur aktuellen schweizerischen Agrarpolitik

Der Druck zur Industrialisierung der Versorgungsketten für Nahrungsmittel bedroht die bäuerliche Landwirtschaft in der Schweiz wie anderswo. Täglich verschwinden in der Schweiz zwei bis drei Höfe zugunsten des Wachstums derjenigen, die gleichwohl um ihr Überleben kämpfen müssen. Gleichzeitig machen sich immer mehr BewohnerInnen des Landes Sorgen um die Qualität der Nahrungsmittel und die Bedingungen ihrer Produktion und Verarbeitung sowie um den Handel. Die KonsumentInnen werden zwischen dem Angebot von Nahrungsmitteln aus regionaler Produktion, Tierschutzansprüchen und fairem Handel sowie globalisierten billigen Nahrungsmitteln hin und her gerissen. Es ist vordringlich, das Bewusstsein über die Zusammenhänge und gesellschaftlichen Auswirkungen dieser zwei sich widersprechenden Produktionsmodelle, bäuerlichen, ressourcenabhängigen einerseits und industriellen, hochtechnologisierten andererseits, zu schärfen.

Die Produktion von Nahrungsmitteln weist spezifische ökonomische Eigenschaften auf: beschränkte Wachstumsmöglichkeiten, Abhängigkeit von lokalen geografischen und klimatischen Bedingungen, Bodengebundenheit (nicht delokalisierbar), hohes Produktionsrisiko. Diese Faktoren sind rein wirtschaftliche Gründe, welche es nicht zulassen, die Nahrungsmittelproduktion der unsichtbaren Hand des freien Marktes zu überlassen. Denn die bestmögliche Allokation der Ressourcen findet dadurch nicht statt. Kurzfristiges Wachstum kann nur mittels fossilen Inputs, Mechanisierung, Rationalisierung stattfinden, sozialer und ökologischer Raubbau ist die Konsequenz. Die strukturelle Überproduktion führt zu Preisvolatilität. Aus diesen Gründen fordert Uniterre eine vertraglich geregelte Produktion. Diese Verträge können und sollen auf mikroökonomischer und makroökonomischer Ebene demokratisch ausgehandelt werden.

Die schweizerische Agrarpolitik ist seit Anfang der 1990er-Jahre von einem raschen Rhythmus von Reformen geprägt. Alle vier Jahre wird ein neuer Rahmenkredit im Parlament verabschiedet und folglich das Landwirtschaftsgesetz und die damit verbundenen Verordnungen zahlreichen Veränderungen unterworfen. Mit der Zustimmung zum entsprechenden Verfassungsartikel

(Art. 104) in der Volksabstimmung vom 9. Juni 1996 war die grundlegende Ausrichtung dieser Reformen festgelegt worden. Die Einkommen in der Landwirtschaft wurden in der Folge in einer ersten Etappe von der Preispolitik für die Produkte losgelöst, welche bis Anfang der 1990er-Jahre vom Bund gestützt wurden. Der Staat sollte sich zunehmend aus dem Markt zurückzuziehen und diesen selbständig funktionieren lassen. Gleichzeitig wurden die Direktzahlungen als Entgelt für gesellschaftliche Leistungen der Bauern und Bäuerinnen eingeführt (u.a. Landschaftspflege, Fortbestand dezentraler Besiedelung, Erhalt der Produktionsgrundlagen). In einer zweiten Etappe wurden diese Direktzahlungen an ökologische und ethologische Anforderungen der Nahrungsmittelproduktion geknüpft. Im dritten Schritt hat der Bund die Milchkontingentierung aufgehoben und die Marktöffnung mit Zollabbau weiter vorangetrieben. Aufgrund der andauernden Blockade der WTO-Verhandlungen hat unser Land zahlreiche bilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen. Auch nach der Konferenz von Bali von Ende 2013 bleiben die Interessenkonflikte zwischen den Agrarexportmächten mit ihrer hohen Exporte-Subventionierung und dem Globalen Südens und dessen Anspruch auf Ernährungssicherheit grundsätzlich ungelöst.

Die vierte Etappe dieser Reformen, welche sich auf künftige Freihandelsabkommen ausrichtet, ist im Januar 2014 in Kraft getreten und verändert das Direktzahlungssystem massgeblich. Die Absicht besteht darin, die Ziele der Agrarpolitik an eine Leistung zu binden, um das System für Steuerzahler transparenter zu machen. Als Ziele werden Erhalt der Versorgungssicherheit, der Landschaftsqualität, der Biodiversität, der Produktionssysteme und der Ressourceneffizienz genannt. Mit dieser Reform wird die zunehmende Liberalisierung des schweizerischen landwirtschaftlichen Sektors bekräftigt.

Abgesehen von der Abstimmung im Jahr 1996 wurden alle diese Reformen von Expertenkommissionen mit VertreterInnen aus den Verbänden der Bauern und Bäuerinnen, von den Umwelt- und Konsumentenorganisationen sowie den Kommissionen des Parlamentes ausgearbeitet, ohne Beteiligung der Bevölkerung. Dass diese grundlegenden Veränderungen zu einer grossen Unzufriedenheit unter den Bauern und Bäuerinnen führten, machten die zahlreichen bäuerlichen Demonstrationen oder die Milchstreiks der Jahre 2008 und 2009 deutlich. Den tief greifenden Strukturwandel in der Landwirtschaft und damit zusammenhängend die langsame, aber massive Dezimierung der Betriebe hat die breite Bevölkerung kaum wahrgenommen.

Tief greifende Umwälzungen im Agrarsektor

Seit 1990 sind mehr als 35 200 Landwirtschaftsbetriebe verschwunden. Die Anzahl Beschäftigter ist von 253 500 auf 162 000 im Jahr 2012 gesunken. Die Milchquoten pro Betrieb sind von 58 000 Kilogramm 1990 auf rund

140 000 im Jahr 2012 gestiegen. Die Anzahl der Betriebe mit einer Fläche bis 25 Hektar ist kontinuierlich am Schwinden, während die Anzahl jener zwischen 25 und 50 Hektar wächst. Insbesondere nimmt die Anzahl der Betriebe mit über 50 Hektar Fläche seit 10 Jahren um 5 Prozent jährlich zu. Im Jahr 1990 verfügten nur 680 Betriebe über 50 Hektar Land, heute sind es 2190 Betriebe.

Bezüglich der Arbeitsorganisation auf den Betrieben besteht dringender Handlungsbedarf. Die kritische Grenze der Arbeitsbelastung in der Landwirtschaft ist schon länger erreicht. Aus Mangel an finanziellen Mitteln trennen sich Bauern von ihren Festangestellten, leisten aber das gleiche Arbeitsvolumen. Sie arbeiten sich zu Tode, isolieren sich in der Arbeit und es fehlt ihnen die nötige Distanz gegenüber ihrer eigenen Lage und gegenüber dem Landwirtschafssektor generell. Alle suche eine individuelle Lösung, etwa in der Spezialisierung. So wird es zunehmend schwieriger, gemeinsame Lösungen für den ganzen Sektor zu finden.

Die lokalen Verarbeitungsstrukturen waren von dieser Entwicklung ebenfalls stark betroffen. In der Lebensmittelverarbeitung hat eine massive Konzentration stattgefunden, das zeigt der Milchverarbeitungsbereich deutlich : Nur mehr vier nationale Verarbeiter und zwei Grossverteiler kontrollieren heute über 80 Prozent der Marktanteile. Ihnen gegenüber stehen 25 000 Milchbetriebe, deren Einkommen drastisch kleiner wurde.

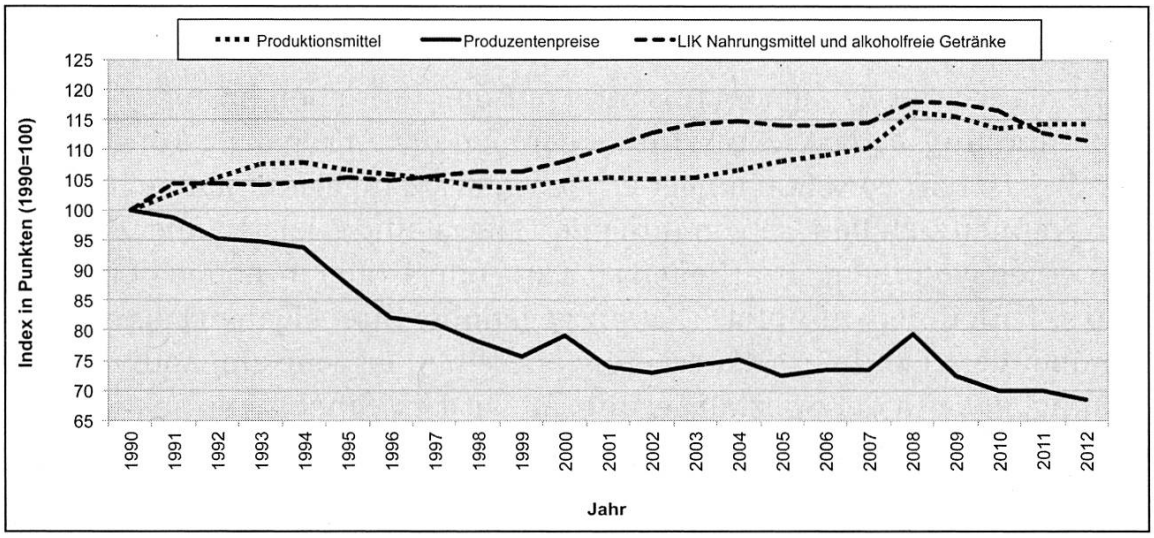
Doch die Bevölkerung scheint sich vermehrt Sorgen um die Qualität und Herkunft ihrer Ernährung zu machen. Darauf reagierten zahlreiche Bauern und Bäuerinnen, indem sie ihre Produkte vermehrt in Hofläden oder direkten Beziehungen zu den KonsumentInnen anbieten. Dadurch wird die Rückverfolgbarkeit der Produkte gewährleistet. Allerdings sind die lokalen und regionalen Verarbeitungsstrukturen und damit ein wichtiger Teil Produktekette, wie Ölpressen, Mühlen, Schälanlagen, Schlachthöfe oder Molkereien, fast verschwunden. Diese Strukturen müssen neu aufgebaut werden.

Die Bauerngewerkschaft Uniterre[1] hat solche Initiativen und im Speziellen den Aufbau von zahlreichen Vertragslandwirtschaftsprojekten in verschiedensten Sektoren (Gemüse, Getreideackerbau, Obst, Fleisch- und Milchproduktion) schon seit langem mitgetragen. Deren Realisierung wurde mit Beratung unterstützt, der Erfahrungsaustausch und der Aufbau einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit gefördert. Uniterre hat die Auffassung vertreten, dass diese kleinen lokalen Projekte experimentelle Laboratorien landwirtschaftlicher und ernährungspolitischer Demokratie sind. Sie schaffen Bewusstsein bei Bauern und Bäuerinnen sowie bei den KonsumentInnen über ihre Möglichkeiten der Einflussnahme.

Gleichzeitig hat sich Uniterre für ein besseres Einkommen der Bauernfamilien über den Produktepreis eingesetzt. Seit über 20 Jahren sinken die

Produzentenpreise, während die Konsumentenpreise steigen oder allenfalls stagnieren (siehe nachfolgende Grafik).

Grafik: Vergleich der Indexentwicklung 1990–2012



- Produktionsmittel = Einkaufspreisindex landwirtschaftliche Produktionsmittel total
- Prodzentenpreise = Produzentenpreisindex landwirtschaftliche Erzeugnisse
- LIK = schweizerischer Landesindex der Konsumentenpreise, Nahrungsmittel und alkohlfreien Getränke

Quellen: SBV, BfS 2012

Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ist die wichtigste Aufgabe der Landwirtschaft. Für diese Arbeit müssen die Bauernfamilien ein gerechtes Einkommen erwirtschaften können. Die Arbeit für die Nahrungsmittelproduktion verdient mehr Wertschätzung. In einem Land, wo die Ausgaben für Ernährung nur noch 8–13 Prozent der Ausgaben eines Haushalts ausmachen, muss es möglich sein, die ProduzentInnen besser zu bezahlen. Vor allem auch weil zahlreiche Studien beweisen, dass der Mehrwert in grossem Umfang vom Zwischenhandel, das heisst Verarbeitern und Detailhandel, abgeführt wird. Diese beiden teilen sich europaweit die grössten Handelsmargen zu, da besteht Spielraum, um einen Teil des Mehrwerts zurückzuholen. Im Zusammenhang mit dem staatlichen Rückzug aus der Marktregulierung und mit der Liberalisierung des Zwischenhandels ist eine Veränderung dieser Machtverhältnisse allerdings ein schwieriges Unterfangen. Nur ein Bündnis zwischen Bauernfamilien und KonsumentInnen kann die Verarbeiter und Grossverteiler wieder an ihre «normale» Aufgabe binden: Vermittler einer Dienstleistung für Bauern und Bäuerinnen sowie KonsumentInnen.

Das Einkommen muss nicht nur gerechter für die Bauernfamilien sein, sondern auch für die LandarbeiterInnen, deren Arbeitsbedingungen einer

grundsätzlichen Verbesserung bedürfen. (Siehe Artikel von Philippe Sauvin in dieser Nummer.)

Freihandelsverträge – eine Bedrohung

Die Freihandelsverträge sind sowohl eine Bedrohung für unsere Landwirtschaft wie auch für die Landwirtschaft der Länder, mit denen sie abgeschlossen werden. Deshalb reicht es nicht, sich nur um die Konsequenzen im eigenen Land zu kümmern. Das Engagement, welches die Mitglieder der Via Campesina verbindet, ermöglicht uns Zugang zu gegenseitiger Information, zu gemeinsamen Analysen und zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen solche Freihandelsverträge, welche nur den Interessen von Industrie- und Handelskonzernen dienen. Auf nationaler Ebene müssen wir Bündnisse mit Organisationen der Antiglobalisierungsbewegung, KonsumentInnenorganisationen und Gewerkschaften aus verschiedenen Sektoren gegen den Freihandel schaffen. Es geht dabei nicht um Abkapselung oder Abriegelung der Grenzen, sondern darum, zwei Grundpfeiler der Ernährungssouveränität anzuerkennen: das Recht jeden Landes, sich gegen unterpreisige Importe zu schützen, und die Pflicht, auf jegliche Exportsubventionen zu verzichten. Das Ziel ist nicht, den internationalen Handel zu eliminieren, sondern ihn fairer zu machen und ihm im Vergleich zum inländischen Markt zweite Priorität einzuräumen. Unter diesen Bedingungen und einer gleichzeitigen Verbesserung der Wertschöpfung in der Produktion wird es möglich, die einheimische Produktion sowohl qualitativ wie auch quantitativ zu erhöhen.

Die Bewegung für die Ernährungssouveränität

Seit Mitte der 1990er-Jahre führt Uniterre die Debatte um die Ernährungssouveränität in der Schweiz. Dabei geht es darum, dass Bäuerinnen und Bauern in ihrem Namen reden und diese Rolle nicht den NGO oder den Vertretern der industriellen Landwirtschaft zu überlassen. Bauern und Bäuerinnen aus dem Norden und dem Süden haben das Konzept der Ernährungssouveränität, welches sich gegen das allmächtige Dogma des Freihandels und des freien Marktes stellt, entwickelt. Ernährungssouveränität widerspricht der Meinung, dass Bauern aus dem Süden mit Bauern aus dem Norden in Konkurrenz stehen. Vielmehr geht es grundsätzlich um die Konkurrenz zweier Modelle: einerseits die auf Exporte ausgerichtete Agrarindustrie, abgesichert durch den WTO-Freihandel, andererseits eine auf lokale Versorgung zielende bäuerliche Landwirtschaft.

Im Jahre 2011 hat das erste europäische Forum zur Ernährungssouveränität, organisiert von der europäischen Koordination von La Via Campesina[2], Friends of the Earth, Attac, dem Weltfrauenmarsch und dem internationalen Komitee für Ernährungssouveränität, in Österreich stattgefunden.[3]

Es ging darum, festzustellen, wie sich Bauernfamilien, soziale Bewegungen und europäische Staaten zum Thema Ernährungssouveränität stellen und wie diese konkret umgesetzt werden kann; immer bezüglich der Gundüberlegung, dass die Entwicklung der Ernährungssouveränität in Europa und die ländliche Entwicklung im Globalen Süden stark miteinander verwoben sind.

Um die Bewegung für Ernährungssouveränität in der Schweiz zu stärken, hat Uniterre im Jahr 2010 die «Plattform Ernährungssouveränität» ins Leben gerufen. Sie vereint um die zwanzig Organisationen: bäuerliche-, Konsumenten-, Entwicklungs- sowie Umweltschutzorganisationen. Das grundlegende Dokument, welches 15 Kriterien zur Umsetzung der Ernährungssouveränität in der Schweiz festlegt, wurde von 19 Organisationen unterzeichnet.[4]

Die Agrarpolitik beeinflussen

Das Projekt einer neuen schweizerischen Agrarpolitik, welches im Jahr 2009/10 aufgegleist worden ist, wurde im Herbst 2013 mit der Veröffentlichung der Verordnungen[5] abgeschlossen. Die zahlreichen widersprüchlichen Punkte dieser Reform sind eine Herausforderung für Uniterre. Grundsätzlich muss die verstärkt liberale Ausrichtung der Ernährungs- und Agrarpolitik, womit sich der Staat aus der Regulierung der Märkte zurückzieht, umgekehrt werden. Der Konflikt mit den agrarpolitischen Zielen ist offensichtlich, denn Liberalisierung bedeutet mehr technologische Rationalisierung mit den bekannten Folgen, einen weiteren Strukturwandel in Richtung Landkonzentration und Monokulturen und eine schrankenlose Konkurrenz in der Lebensmittelproduktion, auf Kosten der beiden optimalisierbaren Variablen Mensch und Umwelt. Uniterre verlangt eine grundsätzliche Neuorientierung der Agrarpolitik: einen dritten Weg, welcher weder ein «Weiter wie jetzt» noch ein «Zurück, wie früher» sein kann. Hierzu diskutiert Uniterre verschieden Möglichkeiten:

- Die Lancierung einer von einem breiten Bündnis getragenen Volksinitiative zur Ernährungssouveränität. Es geht dabei um weit mehr als um Ernährungssicherheit, wie sie die Initiative des Bauernverbands fordert. Es geht aber auch nicht nur um Spekulation mit Lebensmitteln, wie die Juso-Initiative thematisiert. Eine Initiative, wie sie von Uniterre vorgeschlagen wird, muss mindestens folgende Schwerpunkte beinhalten: mehr Arbeitsplätze in der Lebensmittelproduktion, Förderung des Nachwuchses, faire Einkommen und Löhne, staatliche Rahmenbedingungen für den Markt, vorrangige lokale und nachhaltige Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln, Verzicht auf Exportsubventionen. Mit einer solchen Volksinitiative würde die Diskussion über Ernährungssouveränität in die ganze Gesellschaft hineingetragen. Allerdings mit

ungewissem Ausgang, denn der allgemeine Text einer Volksinitiative wird je nach politischen Kräfteverhältnissen interpretiert und umgesetzt.

- Ein anderer Weg ist, Ernährungssouveränität durch eine möglichst grosse Anzahl konkreter Projekte (Aufbau von Vertragslandwirtschaft, Erarbeitung von Ernährungsstrategien für Städte und Gemeinden, namentlich für Schulen, Spitäler etc., Fairtrade für Inlandprodukte mit öffentlich-rechtlichen Labels etc.) direkt umzusetzen und so die Verhältnisse zu verändern. Dieser Weg hat den Vorteil, direkt und konkret zu arbeiten. Er stellt aber eine Herausforderung an die Kommunikation der grösseren Zusammenhänge der einzelnen Projekte dar, damit die globale Perspektive nicht verloren geht. Ein Risiko bei diesem Vorgehen besteht darin, nicht über einen Kreis von Überzeugten hinauszukommen und den Einbezug der breiten Bevölkerung zu verfehlen.
- Schliesslich bleibt noch die Möglichkeit einer parlamentarischen Initiative im nationalen Parlament, bei welcher die zentralen Punkte gleich auf Gesetzesebene statt auf Verfassungsebene wie bei einer Volksinitiative behandelt würden. Diese Möglichkeit, bei welcher parlamentarische Mehrheiten erreicht werden müssten, ist wahrscheinlich einfacher zu realisieren, dafür aber verliert Uniterre weitgehend Möglichkeiten der inhaltlichen Einflussnahme und eine breite gesellschaftliche Diskussion wird nicht stattfinden, da die Diskussion und Entscheidungen im Rahmen des Parlamentes stattfinden würden.

Welcher Weg von Uniterre und den in diesem Feld aktiven gesellschaftlichen Kräften auch eingeschlagen wird, entscheidend wird es sein, die Fragen der Landwirtschaft und der Ernährung zu einem Anliegen aller zu machen und so eine breite Abstützung in der Bevölkerung aufzubauen. Nur so kann die weitere bedrohliche Liberalisierung abgewehrt werden. Zentral ist dabei die zunehmende Kontrolle unserer Lebensräume durch Multinationale Konzerne. Die aktuellen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelten TAFTA-Freihandelsverträge schreiben diesen Konzernen eine Machtfülle zu und und berauben die Staaten gleichzeitig ihrer Souveränität. So soll zum Bespiel das Verbot von Hormonfleisch oder Gentech-Produkten, wie es aktuell in der EU und der Schweiz gilt, als Handelshindernis einklagbar werden. Gewählte Parlamente werden so entmündigt, weil ihre demokratischen Entscheidungen von privaten Firmen vor Gericht angefochten werden können, falls diese darin eine Einschränkung der Handelsfreiheit oder eine Enteignung ihrer Profite erkennen. Landwirtschaft und Ernährungssouveränität sind zu zentralen gesellschaftlichen Fragen der Demokratie geworden.

Anmerkungen

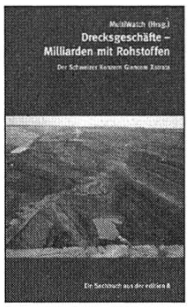
1 Uniterre ist eine Bauerngewerkschaft (1400 Mitglieder), die 1951 gegründet wurde. Sie ist historisch hauptsächlich in der Westschweiz verankert und hat seit 2009 zwei Sektionen in der deutschen Schweiz. Uniterre ist Mitglied der internationalen Bauernbewegung La Via Campesina und tritt für eine Landwirtschaftspolitik ein, die auf Ernährungssouveränität fusst. Sie fordert faire Einkommen und Löhne, eine regionale, dynamische, den sozialen, ökologischen und ernährungspolitischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht werdende bäuerliche Landwirtschaft. Die Gewerkschaft will, dass unsere Landwirtschaft eine Zukunft hat, Arbeitsplätze schafft und den jungen Generationen eine Perspektive bietet. Uniterre steht für eine starke Solidarität zwischen den Bauern und Bäuerinnen der Welt. www.uniterre.ch.

2 La Via Campesina ist eine internationale Bauernbewegung, welche kleine und mittlere Bauern und Bäuerinnen, Landlose, indigene Völker, MigrantInnen und LandarbeiterInnen weltweit organisiert. Sie kämpft für eine nachhaltige Landwirtschaft, um soziale Gerechtigkeit und Würde zu fördern. Sie leistet konsequenten Widerstand gegen die industrielle Landwirtschaft und die Agroindustrie, welche Menschen und Natur zerstört. La Via Campesina umfasst rund 150 regionale und nationale Organisationen in 70 Ländern aus allen Kontinenten. Im Gesamten vertritt die Bewegung, 200 Millionen Bauern und Bäuerinnen. Es ist eine autonome, pluralistische und multikulturelle Bewegung, welche politisch und ökonomisch unabhängig ist. Als Widerstandskonzept gegen die Globalisierung der Agrarmärkte hat die La Via Campesina im Jahre 1996 erstmals das Recht der Völker auf Ernährungssouveränität definiert und eingefordert. www.viacampesina.org.

3 Informationen unter www.nyelenieurope.net/en.

4 Informationen zu Plattform und Mindestkriterien unter www.uniterre.ch/index.php/de/dossiers/ernaehrungsouveraenitaet/ernaehrungsouv-national/55-nationale-plattform (Abfrage 31.1.2014).

5 Einsehbar unter www.blw.admin.ch/themen/00005/01684/index.html?lang=de (Abfrage 31.1.2014).



Der Rohstoffmulti Glencore Xstrata

MultiWatch (Hrsg): **Drecksgeschäfte – Milliarden mit Rohstoffen**. Der Schweizer Konzern Glencore Xstrata. 220 S., Broschur, Fr. 26.–, ISBN 978-3-85990-222-0

Während Glencore Xstrata hohe Gewinne schreibt und sich als nachhaltiges Unternehmen präsentiert, wird der Konzern in Abbaugebieten mit Ausbeutung, Plünderung und Zerstörung in Verbindung gebracht: Abgetragene Berge, gigantische Löcher und kilometerlange Pipelines prägen die Landschaften, wo Rohstoffe abgebaut werden. Die Menschen leiden unter Explosionen, Staubbelastung, giftigen Rückständen sowie der Zerstörung ihres Lebensraums. Gemeinschaften werden von ihrem Land vertrieben. Mitspracherechte von AnwohnerInnen werden missachtet, Proteste von ArbeiterInnen und der Bevölkerung kriminalisiert oder gewaltsam niedergeschlagen. Der Konzern gerät aber auch zunehmend in die Kritik, weil er Gemeinschaften durch Begünstigungen spaltet oder staatliche Strukturen vereinnahmt. Im Handel mit Agrarprodukten wird ihm vorgeworfen, dass er durch Spekulation und Schaffung von Engpässen die Preise in die Höhe treibt und mit Hunger Profite macht. Diverse Klagen wegen Steuerbetrugs sind hängig. MultiWatch wirft einen Blick auf Glencore Xstrata, zeichnet Konfliktfelder nach und lässt Menschen zu Wort kommen, die von den negativen Auswirkungen betroffen sind, sich aber gegen die Arroganz des Konzerns wehren.

edition 8